**Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 GG) –**

**wie kann dieses Postulat wieder belebt werden ?**

Konzept für ein Politisches Forum "Mehr Mut zur Tat" (2018)

Das nach wie vor faszinierende europäische Projekt der Freizügigkeit (Reisefreiheit, freier Handel, Niederlassungsfreiheit, Anerkennung von Bildungsabschlüssen, freier Kapitaltransfer) und das jahre­lang erprobte friedliche Zusammenleben der europäischen Völker wird zunehmend konterkariert durch immer mehr Vergemeinschaftung und zunehmende bürokratische EU-Regelungen. Die vertraglich festgelegten europäi­schen Werte der Subsidiarität (die EU macht nur das, was die Staaten nicht alleine können – Art. 5 Abs. 2 des EU-Vertrages) und des Nicht-Haftens für fremde Staats- und Bankenschulden (Art. 103 des EG-Vertrags) werden kaum noch beachtet. Wo gemein­sames Handeln nötig ist, z.B. im Bereich der Klimapolitik, der Immigration, der Außenpolitik und der Verteidigung, kommt die EU aber kaum voran.

Die Niedrigzinspolitik der EZB bewirkt eine Umverteilung "von unten nach oben". Die Sparer werden im Vergleich zu früheren Zeiten um Zinseinnahmen in Höhe von 55 Mrd. Euro[[1]](#endnote-1) gebracht; private und betriebliche Altersvorsorge und Lebensversicherungen haben große Probleme. Profitieren tun die Ver­mögensbesitzer und der Staat; die Zinsersparnis im Bundeshaushalt beträgt ca. 45 Mrd. Euro pro Jahr.[[2]](#endnote-2)

In der Flüchtlingspolitik ist nicht der heiß diskutierte Familien­nachzug das Entscheidende, sondern wirkungsvolles Handeln zur Integration der Immigranten. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind immer noch bereit, denjenigen zu helfen, die sich hier integrieren und ein neues Leben aufbauen wollen. Wer sich aber nicht integrieren will oder kann, soll Deutschland wieder verlassen. Entgegen Einlassungen aus der Politik spielt bei Abschiebungen mangelnde Kooperation der Herkunftsländer nur eine geringe Rolle, wie eine Untersuchung im Hamburg aus 2017 gezeigt hat; Hauptursache ist vielmehr, dass die Ausreise­pflichtigen "nicht angetroffen" werden.[[3]](#endnote-3)

Das mit der Ausrufung der "Bildungsrepublik Deutschland" in 2008 postulierte Ziel, die Bildungs­ausgaben von 6,2% des Bruttoinlandsproduktes auf 7% zu steigern, wurde verfehlt. Die Universitäten beklagen die mangelnde Studierfähigkeit vieler Abiturienten (z.B. Brief von 130 Mathematik-Profes­soren vom März 2017), und nur die Hälfte der Hauptschüler schafft es in einen Ausbildungs­platz.[[4]](#endnote-4) Die duale Ausbildung verliert an Attraktivität. Ganz über­raschend fehlen viele Lehrer; bei Stellenbesetzungen wird daher auf die erforderliche Qualifikation zunehmend verzichtet. Kinder müssen wieder systema­tischer lernen, mehr üben, mehr Lern-Disziplin beige­bracht bekommen; das wäre auch das wirksamste Mittel gegen "soziale Spaltung", wird aber nicht umge­setzt.

In den Sozialsystemen, insbesondere der Rentenversicherung, leben wir über unsere Ver­hält­nisse. Über 1 Mio. Bürger nehmen die "Rente mit 63" in Anspruch, obwohl wir erheblichen Fachkräfte­mangel haben. Der Zuschuss aus dem Bundes­haushalt zur Rentenversicherung beträgt fast 100 Milliarden Euro[[5]](#endnote-5); die Beitrags­finan­zierung wird immer weiter ausgehöhlt. Da die Lebenserwartung weiter steigt, wird die Renten­versicherung auf Dauer nur funktionieren, wenn Lebenszeit und Lebens­arbeits­zeit in Balance bleiben. Franz Müntefering hatte das weitsichtig erkannt. Die von Frau Merkel geführten Regierungen setzten das aber nicht fort und werden so die nächste Generation als Beitrags- bzw. Steuerzahler belasten.

Die Zahlungsverpflichtungen an die Eigentümer von Solarlangen werden bis 2030 auf 750 Mrd. Euro geschätzt[[6]](#endnote-6) – eine gigantische Umverteilung von unten (Mieter) nach oben (Hauseigentümer). Diesel­fahrzeuge werden zu Recht gefördert, weil der Verkehr weniger CO2 "produzieren" soll. Die Stickoxid-Emissionen seit 1995 sind bei PKWs um 60% und bei LKWs um 80% gesunken.[[7]](#endnote-7) Dennoch hat unsere Regierung einen EU-Grenzwert von 40 µg Stickoxiden pro cbm Luft akzeptiert, obwohl an deutschen (Büro-)Arbeitsplätzen bis zu 60 µg NOx pro cbm Luft erlaubt sind, an Produktionsstätten sogar 950 µg. Statt in Brüssel auf ein Moratorium hinzuwirken, werden Städte und Autofahrer allein gelassen. Es fehlen weiterhin die Konzepte zur konsequenten CO²-Reduktion.

Diese exemplarischen Fakten zeigen, dass die Politik zunehmend weniger willens oder in der Lage ist, in zentralen Themenbereichen dem Wahlvolk "die ganze Wahrheit" zu erzählen und notwendige Kurs­wechsel einzuleiten, auch wenn diese zum Teil als "unpopulär" erscheinen mögen. Partei­über­greifend scheint es uns an Mut zu fehlen, das Notwendige zu tun und die Bürger "mitzunehmen".

Eine Gruppe von handlungswilligen Bürgerinnen und Bürgern hat daher ein "Politisches Forum: Mehr Mut zur Tat" gegründet. Damit wollen wir eine politische Debatte in Gang bringen, die auf breiter Faktenanalyse aufbaut und die naheliegenden Schlussfolgerungen zieht. Diese können im Einzelnen unterschiedlich sein; konkrete Vorschläge zu machen, ist Sache der Parteien. Aber Schlussfolgerungen müssen erklärt und in politisches Handeln umgesetzt werden statt sie aus Opportunitätserwägungen zu verschweigen.

Daher wollen wir parteiübergreifend Politiker einladen, um mit ihnen zu diskutieren und ihnen Mut zur Veränderung zu machen. Vor allem wollen wir klar machen, dass "Sonntagsreden" nicht reichen – die notwendigen Kurswechsel müssen auch tatsächlich stattfinden. Wir Bürger wollen wieder die Wahl haben – und wir wollen Parteien, die das, was sie ankündigen, auch tun.

1. Die DZ-Bank schätzt die jährlichen Zinsverluste der Sparer in den Jahren 2010 bis 2017 auf durch­schnittlich 54,5 Mrd. Euro. Quelle: "EZB-Politik kostet deutsche Sparer 436 Milliarden Euro", FAS 20. Mai 2017. [↑](#endnote-ref-1)
2. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 2017, Seite 41 [↑](#endnote-ref-2)
3. Kosten, Ablauf, Ausnahmen: FAQ zu Abschiebung; NDR.de vom 20.1.2018 [↑](#endnote-ref-3)
4. DIE ZEIT, 11.11.2015 [↑](#endnote-ref-4)
5. Bald 100 Milliarden Euro Steuerzuschuss für die Rente, FAZ, 14.6.2017 [↑](#endnote-ref-5)
6. FAZ, 23.10.2017 [↑](#endnote-ref-6)
7. Tabellen auf der Webseite des Umweltbundesamtes [↑](#endnote-ref-7)